



Handelskammer und  
Arbeitgeberverband  
Graubünden

# JAHRESBERICHT 2014



<b>Porträt</b>	<b>4</b>
<b>Das Wirtschaftsjahr 2014</b>	<b>5</b>
<b>Vernehmlassungen und Abstimmungen</b>	<b>12</b>
<b>Zusammenarbeit</b>	<b>22</b>
<b>Verbandsaktivitäten</b>	<b>24</b>
<b>Bericht der AHV-Ausgleichskasse für Gewerbe, Handel und Industrie in Graubünden/Glarus</b>	<b>26</b>
<b>Jahresrechnung 2014</b>	<b>29</b>
<b>Revisorenbericht 2014</b>	<b>31</b>
<b>Verbandsorganisation 2014</b>	<b>32</b>

# PORTRÄT



- Eine unternehmensfreundliche Raumplanungs- und Verkehrspolitik
- Ein hohes Bildungsniveau und wirtschaftsnahe Bildungsinhalte
- Eine freiheitliche Energiepolitik
- Eine liberale Aussenwirtschaftspolitik

## WER WIR SIND

Handelskammer und Arbeitgeberverband ist ein branchenübergreifender Wirtschaftsverband, dessen Mitglieder sich vornehmlich aus Industrie, Handel und Dienstleistung rekrutieren.

Der Vorstand besteht aus 25 Spitzenleuten aus Industrie, Handel, Dienstleistung und Tourismus. Dieser bestimmt die Richtlinien der Verbandspolitik.

## WOFÜR WIR UNS STARK MACHEN

Handelskammer und Arbeitgeberverband Graubünden bezweckt die Vertretung und die Förderung der Interessen der Wirtschaft aus Handel, Industrie, Dienstleistung, Tourismus sowie freien Berufen gegenüber Bund, Kanton, Öffentlichkeit und anderen

Organisationen unter gesamtwirtschaftlichen Aspekten. Handelskammer und Arbeitgeberverband setzt sich für die branchenübergeordneten Interessen der Arbeitgeberschaft und für einen konkurrenzfähigen Wirtschaftsstandort Graubünden ein.

Handelskammer und Arbeitgeberverband Graubünden macht sich stark für möglichst günstige Rahmenbedingungen für die gesamte Wirtschaft und setzt sich für eine privatwirtschaftlich orientierte Wirtschaftspolitik auf regionaler, kantonaler und eidgenössischer Ebene ein.

Handelskammer und Arbeitgeberverband Graubünden engagiert sich für

- Günstige Rahmenbedingungen für die Bündner Wirtschaft
- Geordnete politische Verhältnisse
- Eine niedrige Steuer- und Gebührenbelastung

Die Vertretung der Interessen der Mitglieder erfolgt durch Tätigkeiten in Kommissionen und politischen Gremien, durch Mitwirkung bei Vernehmlassungen sowie durch Vorstösse und persönliche Kontakte. Wir nehmen Stellung zu allen wichtigen Fragen der Wirtschaftspolitik im Kanton Graubünden.

Ferner erbringt Handelskammer und Arbeitgeberverband folgende Dienstleistungen:

- Ursprungszeugnis- und Beglaubigungsdienst
- Exportberatungen
- Kontaktvermittlungen
- Rechtsauskünfte an Mitglieder
- HK-News-Mitteilungen an Mitglieder

# DAS WIRTSCHAFTSJAHR 2014



## DAS WIRTSCHAFTSJAHR 2014 INTERNATIONAL

Das wirtschaftliche Konjunkturmilieu war durch eine insgesamt nur zögerliche Erholung geprägt. Die konjunkturellen Divergenzen zwischen den verschiedenen Wirtschaftsräumen waren gross. Für weltwirtschaftliche Lichtblicke sorgten insbesondere die USA, wo ein selbsttragender Aufschwung in Gang gekommen war, wozu sowohl der private Konsum als auch die Ausrüstungs- und Bauinvestitionen beitrugen. Auch der Arbeitsmarkt partizipierte immer stärker an der Erholung. Die BIP-Entwicklung des Euroraums über die vergangenen Jahre fiel im Vergleich zu anderen Ländern weitaus gedämpfter aus, und auch sechs Jahre nach der Finanzkrise ist das Vorkrisenniveau immer noch nicht wieder erreicht. Dies spiegelt sich auch in der hohen und noch kaum gesunkenen Arbeitslosenquote des Euroraums von 11,5%. Ein Belastungsfaktor für den Euroraum liegt nach wie vor in der hohen Schuldenlast, sowohl im öffentlichen als auch im privaten Sektor. Trotz teilweise beträchtlicher Konsolidierungsanstrengungen in den letzten Jahren konnte in diversen Mitgliedsländern, darunter die südlichen Peri-

pherieländer sowie auch Frankreich und Italien, die Verschuldung bislang lediglich auf hohem Niveau stabilisiert aber nicht gesenkt werden. Immerhin dürften vom tieferen Aussenwert des Euro positive konjunkturelle Impulse für die Zukunft ausgehen. Zumindest in Deutschland, dies ist aus Schweizer Sicht immerhin ein Lichtblick, haben sich die Konjunkturaussichten nicht weiter eingetrübt. Japan rutschte in eine Rezession. In vielen Schwellenländern setzte sich die Wachstumsschwäche fort. Während in China die Korrektur auf dem Häusermarkt sowie die schwache Binnennachfrage die Belastungsfaktoren waren, wurde Russland durch die Sanktionen und Kapitalabflüsse aufgrund des Ukraine-Konflikts ausgebremst.

## DAS WIRTSCHAFTSJAHR 2014 IN DER SCHWEIZ

Die schweizerische Wirtschaft entwickelte sich 2014 erneut deutlich dynamischer als jene des Euroraums. Zwar kam es auch hierzulande aufgrund der aussenwirtschaftlichen und hausgemachten Unsicherheiten (Stichworte: Ukraine-Konflikt, Masseneinwanderungsinitiative) zu einer Wachstums-



Von den 15'608 (15'057) erteilten **Arbeitsbewilligungen** für ausländische Arbeitskräfte entfielen 11'286 (10'217) auf Kurzaufenthalter EU, 1'095 (1'361) Jahresaufenthalter EU, 3'087 (3'362) auf Grenzgänger, 117 (100) auf Kurzaufenthalter Drittstaaten, 5 (3) auf Jahresaufenthalter Drittstaaten und 18 (14) auf selbständig Erwerbstätige. Ferner wurden für maximal 90 Arbeitstage von Unternehmen in Graubünden 5'062 (5'126) und von ausländischen Betrieben 10'034 (10'414) Arbeitskräfte gemeldet.

Aggregaten Chemie und Präzisionsinstrumente fallen mit jeweils 1,1 % vergleichsweise gering aus. Gesamthaft überstiegen die Warenexporte die Importe aus dem Ausland um gut CHF 0,2 Mia., was den grössten Überschuss seit 2008 ergibt. Von der zuletzt prosperierenden Konjunktur in den USA konnte auch die Bündner Wirtschaft profitieren, der Handel mit diesem Markt entwickelte sich am lebhaftesten. Der Handel mit Deutschland, dem mit Abstand wichtigsten Abnehmer, stagnierte ausfahrseitig auf hohem Niveau (−0,3 %), während bei den Exporten nach China das Vorjahresniveau nicht gehalten werden konnte (−8 %). Hohe Zuwachsraten erzielte dafür weiterhin der indische Absatzmarkt.

Nicht erfüllt haben sich im letzten Jahr die Erwartungen im **Tourismus**. Der sanfte Aufwärtstrend 2013 konnte nicht fortgesetzt werden. Mit noch 5,05 Mio. Logiernächten (−2,1 % gegenüber dem Vorjahr) erzielte die Bündner Hotellerie 2014 so tiefe Frequenzen wie nie in den letzten Jahrzehnten. Dafür verantwortlich sind neben der stagnierenden Anzahl Nächtigungen aus dem wichtigen Heimmarkt (−1,2 %), welcher in Graubünden fast 57 % aller Frequenzen ausmacht, vor allem auch die rückläufigen Frequenzen aus den bedeutenden Nahmärkten Deutschland (−6,0 %) und den Niederlanden (−6,8 %). Auf tiefem Niveau stabilisiert hat sich dafür die Nachfrage aus Italien (+2,2 %). Teils zweistellige Wachs-

verlangsamung. Bereits im dritten Quartal erreichte die Wirtschaft jedoch wieder ein robustes Wachstumstempo. Positive Impulse kamen 2014 vom privaten Konsum, von den Bauinvestitionen und zuletzt auch verstärkt vom Aussenhandel. Die Investitionsbereitschaft der Unternehmen blieb dagegen weiterhin bescheiden. Insgesamt ist die Schweizer Wirtschaft 2014 um 2 % gewachsen (2013: + 1,9 %).

Die mittlere **Arbeitslosenquote** betrug im 2014 in Graubünden 1.7 % (1.7 %), (Schweiz: 3.2 %). Ende Juli 2015 wurden in Graubünden 1'464 Arbeitslose registriert. Gegenüber Juli 2014 mit 1'226 Arbeitslosen ist diese Zahl um 238 angestiegen.

Ende 2014 waren beim Amt für Berufsbildung 5'614 (5'739) **Lehrverträge** registriert. Im Berichtsjahr wurden 1'987 (2'032) Lehrverträge neu abgeschlossen, 493 (565) wurden aufgelöst oder umgewandelt.

Die **Bündner Exportindustrie** exportierte im letzten Jahr Waren im Wert von CHF 2,27 Mia. ins Ausland, was einer Zunahme gegenüber dem Vorjahr um 5,5 % entspricht. Zum positiven Resultat beigetragen haben vor allem die stark gestiegenen Ausfuhren im Bereich der Maschinen, Apparate und Elektronik (+16,6 %); die Zuwachsraten in den anderen beiden grossen

## DAS WIRTSCHAFTSJAHR 2014 IN GRAUBÜNDEN

(teilweise gemeinsamer Bericht mit dem Bündner Gewerbeverband)

Nicht ganz so dynamisch wie die Schweizer Wirtschaft präsentierte sich der Zustand der **Bündner Wirtschaft**. Das kantonale BIP dürfte im letzten Jahr um rund 0,8 % gestiegen sein. Dabei zeigten sich deutliche Unterschiede zwischen den einzelnen Branchen.

tumsraten werden – auf absolut gesehen aber tiefem Niveau – mit Gästen aus den Fernmärkten China, Brasilien und Indien erzielt.

Die **Bündner Bergbahnen** haben ein durchzogenes Geschäftsjahr 2014/15 hinter sich. Zum einen waren die Witterungsbedingungen mit einem äusserst nassen und verregneten Sommer 2014, späten sowie spärlichen Schneefällen anfangs Winter 2014/15 sowie fehlendem Sonnenschein an den Wochenenden alles andere als optimal und zum anderen traf der Entscheid der Schweizer Nationalbank, den Euro-/Franken-Kurs nicht mehr zu stützen, auch die Bergbahnen überraschend und vor allem im Spätwinter hart. Dieser Entscheid hat und wird die Tourismuswirtschaft als standortgebundene Branche nachhaltig verändern. In der Wintersaison 2014/15 ist die Anzahl Gäste bzw. Ersteintritte im Vergleich zum Vorjahr um 3,4 % zurückgegangen und im Vergleich zum Fünfjahresdurchschnitt sogar um 6,9 %. Die Bündner Bergbahnen haben damit im Winter 2014/15 weniger Gäste transportiert als im Winter 2011/12, der als einer der schlechtesten der letzten Jahrzehnte in die Geschichte einging. Beim Transport- und Gastronomieumsatz betragen die Rückgänge im Vergleich zum Vorjahr 1 % respektive 4,4 %. Der Transportumsatz fällt im Vergleich mit dem Winter 2011/12 um 0,4 % besser aus, was grösstenteils auf Preisanpassungen zurückzuführen ist. Während die Bergbahnbranche mit der hohen Abhän-

gigkeit vom Wetter (Sonne und Schnee) leben muss, gilt es bezüglich Euro-/Franken-Kurs nun die richtigen Massnahmen zu treffen und die Situation als Chance für Veränderungen anzuerkennen. Die Unternehmen sind bei der Angebots- und Produktegestaltung gefordert und die öffentliche Hand bezüglich der Optimierung der Rahmenbedingungen.

Im Jubiläumsjahr 2014 zum 125-jährigen Bestehen der **Rhätischen Bahn** entwickelte sich der Personenverkehr mit über 10 Mio. Fahrgästen (+2,7 %) erfreulich positiv. Die Anzahl Reisende und die Verkehrserträge von CHF 97,7 Mio. (CHF 97,3 Mio.) lagen über den Erwartungen und übertrafen die Ergebnisse aus den Vorjahren. Der Güterverkehr befindet sich weiterhin in einer schwierigen Marktsituation und konnte mit einem Umsatz von CHF 13,4 Mio. (CHF 16,1 Mio.; -2,4 %) die Erwartungen nicht erfüllen. Beim Autoverlad konnte der Ertrag auf CHF 14,6 Mio. (CHF 14,1 Mio.) gesteigert werden. Dank Kostenbewusstsein konnte eine «schwarze Null» erwirtschaftet werden. Das Betriebsergebnis (EBIT) beträgt CHF -1,5 Mio. Es ist geprägt von einer hohen Investitionstätigkeit in die Infrastruktur und dem über den Erwartungen liegenden Unterhaltsaufwand beim Rollmaterial für den Autoverlad Vereina. Das Jahresergebnis schliesst mit einem kleinen Gewinn von CHF 0,2 Mio. 2014 erhielt die RhB von Bund und Kanton Abgeltungszahlungen für ungedeckte Betriebskosten von insgesamt CHF 169,6 Mio.

Davon wurden CHF 72,3 Mio. für die Finanzierung des Personenverkehrs und CHF 6,1 Mio. für den Güterverkehr aufgewendet. Auf die Infrastruktur entfiel eine Abgeltung von CHF 91,2 Mio.

Die weltweit in den Geschäftsbereichen Hochleistungspolymere und Spezialchemikalien tätige **Ems-Gruppe** steigerte 2014 den Nettoumsatz um 4,6 % auf CHF 1'972 Mio. (CHF 1'885), während er in lokalen Währungen um 7,8 % anstieg. Das Betriebsergebnis EBIT erreichte CHF 423 Mio. (CHF 369) und liegt damit 14,7 % über Vorjahr. Der betriebliche Cash-Flow (EBITDA) erhöhte sich auf CHF 478 Mio. (CHF 424 Mio.) und um 12,8 % zum Vorjahr. Die EBIT-Marge erreichte 21,5 % (19,6 %), die EBITDA-Marge 24,3 % (22,5 %). In allen geografischen Märkten gelang es, die Marktposition weiter auszubauen, wobei sich das Automobilgeschäft besonders gut entwickelte. Um der erfreulichen Nachfrage nach Spezialitäten nachzukommen, werden in China weitere neue Standorte in Betrieb genommen und am Standort Domat/Ems zusätzlich CHF 35 Mio. in einen Kapazitätsausbau investiert. Knapp die Hälfte des Nettoumsatzes, nämlich 45,2 % (46,2 %) wurde in der Schweiz produziert. Ende Dezember 2014 beschäftigte die Ems-Gruppe total 2'865 (2'670) Mitarbeiter (ohne Lernende), davon 1'002 (1'016) in der Schweiz. Per Jahresende beschäftigte die Ems-Gruppe in der Schweiz 139 (132) Lernende, die sich auf 14 Berufe verteilten.

Auch im laufenden Geschäftsjahr hat die **Hamilton Gruppe** Rekordumsätze erzielt. Im Medizinalbereich hat das Unternehmen um 8 % zugelegt, bei der Robotik 3 %. Bei aller Zufriedenheit wird das Geschäftsjahr 2014 als eines der härtesten für Hamilton überhaupt bezeichnet. Der Markt in Russland ist fast völlig eingebrochen. Starke Rückgänge mussten auch im Mittleren Osten hingenommen werden – dies unter anderem als Folge des stark gesunkenen Ölpreises. Sodann macht sich im unteren Preissegment immer mehr Konkurrenz aus China bemerkbar. Im Sinne einer vertikalen Integration will Hamilton in Zukunft Produktionen aus der übrigen Schweiz und dem europäischen Ausland nach Graubünden verlagern. Dabei geht es um die Herstellung von Kunststoffkomponenten für die Medizinaltechnikgeräte, welche inskünftig selbst produziert werden sollen.

Das Geschäftsjahr 2014 war für die **CEDES-Gruppe** ein gutes Jahr, trotz eines sehr schwierigen Marktumfelds. Denn die angestammten Märkte von CEDES – Sensoren für die Aufzugsindustrie sowie automatische Türen und Tore – werden immer mehr zu «Commodity»-Märkten. Folge davon ist ein stetiger Preiszerfall mit entsprechend negativen Auswirkungen auf den Umsatz. Durch grosse Investitionen in die Automatisierung der Fertigung dieser Schlüsselprodukte am Standort Landquart konnte dennoch eine Steigerung der Rendite erzielt werden. Diese Investitionen sichern

Arbeitsplätze in Landquart. Der Markt für Sensoren, insbesondere für optoelektronische Sensoren, wächst nach wie vor sehr robust und überdurchschnittlich. Der anhaltende Preiskampf unterstreicht aber die Notwendigkeit, das CEDES Produkt-Portfolio zu verjüngen. In den vergangenen Jahren wurde überdurchschnittlich in F&E für neue Produkte und Technologien investiert. In enger Zusammenarbeit mit der Chipfabrik ESPROS in Sargans sind neue Produkte zur Marktreife gelangt, die den Erfolg der CEDES für die nächsten Jahre entscheidend prägen werden. Es geht hier um neuartige Schachtinformationssysteme für Aufzüge, Sicherheitssensorik für Industrietore oder 3D-Kamerasysteme für Rolltreppen und Aufzugstüren. Es zeigt sich, dass die Chips aus Sargans eine immer wichtigere Rolle für die CEDES-Produkte bedeuten und nicht mehr wegzudenken sind. Die CEDES-Gruppe beschäftigt weltweit 450 Mitarbeitende, davon 250 in Landquart. CEDES ist auch als Ausbildungsstätte sehr beliebt. 38 Lernende werden in Landquart in 6 Berufen ausgebildet.

Neben dem schwindenden Ziegelindustriemarkt ist die **FREYMATIC** seit 2012 mit der Tochterfirma Roxor Maschinen AG im Bereich der Strahltechnik tätig. Nach dem erfolgreich beim Kunden installierten Erstling im 2013 konnte die Roxor Maschinen AG Ende 2014 drei weitere Bestelleingänge für Strahlanlagen verzeichnen. Finanziell hat im Januar die Aufgabe des Mindestwechsellkurses CHF/Euro in der



Firma grossen Schaden verursacht, indem nun die laufenden Aufträge nicht kostendeckend abgewickelt werden können. Die Preiserhöhungen müssen durch Kostenreduktionsmassnahmen in der Produktion einerseits und durch höhere Verkaufspreise andererseits kompensiert werden. Beide Massnahmen zusammen werden das Überleben der Firma gewährleisten, es bleibt jedoch eine gewaltige Herausforderung.

Die **Griston Gruppe** mit den Geschäftsfeldern Sand, Kies, Beton, Anlagenbauen, Engineering, Fertigung sowie Dienstleistungen und Immobilien war im Jahr 2014 an mehreren Fronten gefordert. Bei weiterhin reger Bautätigkeit bestand ein intensiver Preiswettbewerb. Im Anlagenbau bestanden Herausforderungen wegen längerer Verzögerung bei geplanten Projekten. Gesamthaft drückte sich dies in einem markanten Rückgang des konsolidierten Reingewinns von CHF 2,279 Mio. auf CHF 1,206 Mio. aus, was 3,01 % (5,0 %) des Nettoumsatzes entspricht.

Die Gesellschaften der **Würth Gruppe**, die mit 20 Firmen, resp. über 1'500 Mitarbeitern in der Schweiz in verschiedenen Bereichen tätig sind,





haben weltweit über EUR 10 Mia. Umsatz erwirtschaftet (+3,9%). Das Betriebsergebnis wuchs auf EUR 515 Mio. (EUR 454). Das Betriebsergebnis wuchs im Vergleich zum Umsatz überproportional, sodass die Umsatzrendite auf 5,1% verbessert werden konnte. Weltweit beschäftigt die Würth Gruppe 66'044 Mitarbeiter.

Die Gesamtleistung der **Repower-Gruppe** von rund CHF 2,273 Mio. verringerte sich gegenüber dem Vorjahr um 4%. Das operative Ergebnis (EBIT) von CHF 26 Mio. und der Reinverlust von CHF 33 Mio. widerspiegeln das äusserst anspruchsvolle Umfeld im tiefgreifenden Wandel in der Energiebranche. Rückstellungen beeinflussten das EBIT. Um diese diversen Sonderfaktoren bereinigt, betrug das EBIT CHF 39 Mio. (-47%). Die Unternehmung trieb zur Ergänzung des Kerngeschäfts die Entwicklung innovativer Lösungen im Newtech Business weiter voran. Die Akquisition verschiedener Aufträge von Drittunternehmen in den Bereichen Produktion, Netz und Handel in der Schweiz, die erfreuliche Entwicklung des Gasgeschäftes in Italien und die erfolgreiche Vermarktung von erneuerbarem Strom für Kleinproduzenten in Rumänien waren die High-

lights in den Schlüsselmärkten. Der Stromabsatz konnte um 2% gesteigert werden, die Eigenproduktion um 7% und der Gasabsatz um 41%. Von den gesamthaft per Ende Jahr beschäftigten 691 Mitarbeitern (-42) waren 456 (-38) in der Schweiz beschäftigt. Insgesamt wurden 30 Lernende ausgebildet.

Die **Graubündner Kantonalbank** hat sich im Rahmen der Erwartungen entwickelt. Das Kundenvermögen erhöhte sich um 2,2% auf CHF 30,2 Mia. Insbesondere die Abflüsse von Kunden mit ausländischem Domizil führten zu einem Nettoabfluss beim Kundenvermögen von CHF -182,7 Mio. Das Wachstum bei den Kundenausleihen betrug gute 3%. Die Hypotheken wuchsen um CHF 840 Mio. oder 6,5%. Das operative Ergebnis (Bruttogewinn) reduzierte sich im erwarteten Rahmen um 3,3% auf CHF 207,3 Mio. Wertberichtigungen, Rückstellungen und Verluste belasteten die Erfolgsrechnung mit CHF 6,6 Mio. weit weniger als im Vorjahr (CHF 9,2 Mio.). Die Dividende pro PS betrug unverändert CHF 38.00. Insgesamt wurden über Dividenden und die Abgeltung der Staatsgarantie CHF 99,7 Mio. ausgeschüttet. An 66 Standorten wurden 804,9 (820,8) Personaleinheiten beschäftigt.

**Somedia** gelang es im vergangenen Geschäftsjahr, die Rentabilität markant zu steigern. Bei leicht erhöhtem Umsatz von CHF 128,9 Mio. und praktisch gleichem Cashflow wie im

Vorjahr von CHF 4,7 Mio. steigerte sich der Jahresgewinn von 1 Mio. Franken auf 3,2 Mio. Franken. Im Frühling wurde die neue Konzernmarke Somedia mit den beiden Servicemarken Somedia Promotion und Somedia Production aus der Taufe gehoben. Darauf folgten umfangreiche Arbeiten für die Etablierung der Medienfamilie Südostschweiz mit den vier Teilmedien Zeitung, Online, Radio und Fernsehen. Bereits im Dezember 2014 konnte das neue Medienhaus an der Sommeraustasse 32 in Chur in Teilen bezogen werden. Insgesamt wurden 891 Mitarbeiter (923 im Vorjahr) beschäftigt. Die Verkaufszahlen in den Bereichen Promotion und Production entwickelten sich erfreulich. Der Werbe- und Inseratemarkt konnte höhere Umsatz- und Gewinnzahlen ausweisen als im Vorjahr. Auch die Drucksparte legte sowohl bei Umsatz wie bei Gewinn zu. Hier waren die ersten Auswirkungen der crossmedialen Angebote für Geschäftskunden deutlich zu spüren.

Auch wenn der Gewinn im Berichtsjahr um CHF 3,3 Mio. geringer ausfiel, ist die **ÖKK** mit dem erzielten Gewinn von CHF 4,3 Mio. zufrieden. Grund für den Gewinneinbruch waren Rückstellungen in der Höhe von CHF 10 Mio. für allfällige Verluste bei den Kapitalanlagen. Ohne diese Massnahme wäre der Gewinn 2014 noch höher als jener des Vorjahres von CHF 7,6 Mio. ausgefallen. Das Eigenkapital ist mit knapp CHF 140 Mio. ausgewiesen, die Reserven mit CHF 105 Mio., was einer Quo-

te von 23,4 % entspricht. Der Wachstumskurs konnte fortgesetzt werden, z. B. bei den Prämieinnahmen, welche ein Gesamtvolumen von CHF 660 Mio. erreicht haben. Gleichzeitig haben auch die Leistungen auf CHF 551 Mio. (+ CHF 8 Mio.) zugenommen. Ebenfalls um CHF 2 Mio. gestiegen ist der Betriebsaufwand auf CHF 69 Mio. CHF 37 Mio. entfielen auf Lohnzahlungen. Die ÖKK beschäftigt 390 Mitarbeiter, 160 davon am Hauptsitz in Landquart, 230 extern in 38 Agenturen.

Die **Allegra Passugger Mineralquellen AG** konnte im Berichtsjahr erneut wachsen. Trotz dem bezüglich Wetter- und Tourismusentwicklung erschwerten Marktumfeld, konnten in Passugg die Verkaufsvolumen wie auch Cash-flow und Jahresgewinn gesteigert werden. Marktnähe, Individualität und Unabhängigkeit ermöglichten 2014 in Graubünden und im wichtigen Wachstumsmarkt, dem Grossraum Zürich, ein beachtliches Wachstum. Der Gesamtmarkt «Natürliches Mineralwasser» stagnierte schweizweit im letzten Jahr zum wiederholten Mal. Auch wenn die Entwicklung 2014 positiv war, wird in Passugg die Zukunft, insbesondere aufgrund der touristischen Entwicklung, mit Zurückhaltung und Vorsicht beurteilt.

Die **Frostag Food-Centrum AG** blickt auf ein erfolgreiches Geschäftsjahr zurück. Erfreulicherweise konnte gegenüber dem Vorjahr eine Umsatzsteigerung erzielt werden. Der Zuwachs ist

unter anderem der Realisierung neuer Projekte wie «Vegane Produkte» zuzuschreiben. Auch im 2014 wurden diverse Investitionen in neue Produktionsanlagen getätigt. Die Produktionslinien waren so stark ausgelastet, dass viele der Aufträge nur durch eine 6-Tage-Woche termingerecht realisiert werden konnten, und im Produktionsbereich konnten 11 neue Stellen geschaffen werden. Der gute Umsatz hat dazu geführt, dass der Ausbau am Standort Landquart vorangetrieben werden konnte und der Erweiterungsbau im 2015 realisiert werden kann. Durch die im Frühjahr 2015 geänderte Devisenmarktsituation befindet sich der Markt im Moment in starker Bewegung.

Erfreulicherweise konnte der Inlandabsatz von **Bündnerfleisch** im Berichtsjahr um rund 5 % gesteigert werden. Es wurden rund 1'085 Tonnen konsumiert. Zusätzlich sind rund 1'807 Tonnen Bündnerfleisch exportiert worden und zwar primär nach Frankreich, Deutschland sowie diverse weitere Länder.

Der Gegenwind in der **Transport- und Logistikbranche** hat zugenommen. Das Auftragsvolumen hat sich adäquat zur wirtschaftlichen Entwicklung in Graubünden verhalten, wobei markante Unterschiede zwischen den einzelnen Branchen festzustellen sind. Im nationalen- und internationalen Transport profitierte die Branche von der guten Entwicklung der Bündner Exportindustrie. Im kantonalen und kom-

munalen Bereich hinterliess der Rückgang der Bau- und Touristikbranche seine Spuren, indem das Transportvolumen tendenziell entsprechend abnahm. Diese Tendenzen zeichneten sich bereits im 2013 ab und die Branche hat sich auf diese Situation und den stets anhaltenden Verdrängungswettbewerb entsprechend eingestellt. Aufgrund einer repräsentativen Umfrage kann die Transport- und Logistikbranche auf ein zufriedenstellendes bis gutes 2014 zurückblicken. Bei über 70% der befragten Betriebe konnte der Personalbestand stabil und der Fahrzeugbestand praktisch unverändert gehalten werden. Der Gesamtbestand an Sachtransportfahrzeugen im Kanton stieg um 2.9% und beträgt 11'947 Transporteinheiten (Entwicklung CH + 3 %).

Die drei **TRUMPF Unternehmen** in Grüşch gehören zur weltweit tätigen TRUMPF Gruppe (Jahresumsatz rund 2,7 Mrd. EURO – vorläufige Zahlen). Sie zählen mit rund 540 Mitarbeitenden zu den grössten Arbeitgebern in Graubünden. TRUMPF Maschinen Grüşch AG fertigt 2D-Laserschneidanlagen, TRUMPF Laser Marking Systems AG entwickelt und montiert Laserbeschriftungssysteme und stellt seit Herbst 2014 Scheibenlaser her. TRUMPF Grüşch AG entwickelt und produziert Elektrowerkzeuge sowie elektrotechnische Baugruppen und Präzisionsteile für Werkzeugmaschinen im Firmenverbund. Trotz dynamischer Weltkonjunktur ging der Umsatz in der Schweiz, vor allem aufgrund

von Währungseffekten, um 7 % auf CHF 671 Mio. (CHF 720,9 Mio.) zurück. Der Auftragseingang reduzierte sich um 9 % auf nunmehr CHF 672,7 Mio. (CHF 738,8 Mio.). Mit der Gewährung eines Eurobonus an die Kunden in der Schweiz leistet TRUMPF seinen Beitrag zum Erhalt von Arbeitsplätzen in der Schweiz. TRUMPF legt grossen Wert auf die Ausbildung von Lernenden. Ende Juni 2014 waren 51 Lernende beschäftigt – knapp 10 % der gesamten Mitarbeiterzahl in Grüşch. Im Jahr 2015 feierten alle drei TRUMPF Grüşch Unternehmen Jubiläen: TRUMPF Grüşch AG ist seit 1980, TRUMPF Maschinen Grüşch AG seit 1985 und TRUMPF Lasermarking System AG seit 2000 in Graubünden ansässig. Der Auftragseingang für das Jahr 2015 entwickelt sich erfreulich.

Die **Georg Fischer AG** umfasst die drei Divisionen GF Piping Systems, GF Automotive und GF Machining Solutions. Die weltweit rund 14'100 Mitarbeitenden, wovon rund 180 im Bereich Piping Systems als Hersteller von Kunststoffarmaturen für die Industrie und Trinkwasserversorgung am Standort Seewis, erzielten im Jahr 2014 einen um 1 % höheren Umsatz von CHF 3,795 Mio. Das Betriebsergebnis (EBIT) erhöhte sich um 9 % auf CHF 274 Mio., vor allem dank der signifikant gesteigerten Produktivität. Die EBIT-Marge wuchs von 6,7 % auf 7,2 %, der Ertrag auf das eingesetzte Kapital (ROIC) von 16,7 % auf 17,9 %. Alle drei Divisionen verzeichneten einen ROIC, der deutlich über ihren je-

weiligen Kapitalkosten liegt. Der freie Cashflow vor Akquisitionen und Devestitionen betrug CHF 110 Mio. verglichen mit CHF 174 Mio. im Vorjahr. Das Konzernergebnis erhöhte sich um 34 % auf CHF 195 Mio., der Gewinn je Aktie um 32 % auf CHF 45.00.

In der **Bündner Bauwirtschaft** setzte der Rückgang 2014 endgültig ein – die Auftragseingänge sanken gemäss Erhebungen des Schweizerischen Baumeisterverbands in Graubünden bereits in der ersten Jahreshälfte deutlich, vor allem betroffen davon waren der Wohnungs- sowie der übrige Hochbau. Die Folgen der Zweitwohnungsinitiative werden nun zusehends stärker spürbar, sämtliche Vorlaufindikatoren deuten auf einen grösseren Baurückgang 2015 und im kommenden Jahr hin; dies wird sich in noch verstärktem Ausmass auch auf die Beschäftigung der Branche vor allem in den touristischen Räumen des Kantons auswirken.

In der **Holzwirtschaft** ist nach mehreren Jahren des Rückgangs in der Schweiz die Produktion von Schnittholz 2014 wieder angestiegen: Die Zahlen aus der Verkaufstatistik zeigen aber, dass die steigenden Absatzmengen in 2014 meist nur durch Preisnachlässe «erkauft» werden konnten. Im Wald fielen die Rundholzpreise im Schnitt um ca. 5 bis 10 %. In Graubünden gingen auch die Verarbeitungsmengen zurück. Insbesondere in der Massenware musste jeder Schweizer Produzent möglichst nahe am Preis der Importware anbieten um Aufträge

zu bekommen. Der Frankenschock im Zusammenhang mit der Aufgabe des Mindestkurses vom 15. Januar hat die Branche zusätzlich durchgeschüttelt. In Seewis hat die Firma Lüchinger Holz AG in Mels als Besitzerin der Jakob Berger AG den Einschnitt von Rundholz eingestellt. In der Jakob Berger AG in Seewis wird noch weiterverarbeitet (Trocknen, Hobeln, Zuschnitt und Brettschichtholzproduktion), aber nicht mehr gesägt. Mit dem gegenwärtigen Eurokurs steht die Branche vor einer äusserst schwierigen Situation.

Der **Detailhandel** im Kanton war auch im Berichtsjahr wie üblich saisonalen Schwankungen unterworfen, insgesamt waren die Tendenzen, insbesondere bei den kleineren und mittleren Firmen, eher rückläufig.

Wegen der japanischen Kirschesigfliege und der unbeständigen Witterung während der Lese drohte das **Rebjahr 2014** zur Katastrophe zu werden. Trotzdem konnte bei leichten Einbusen von zehn bis zwanzig Prozent beim Ertrag vor allem bei den roten Sorten eine sehr gute Qualität erreicht werden. Mit insgesamt 22'260 Hektolitern bewegt sich der Ertrag aber immer noch im Mittelwert der letzten zehn Jahre. Der Blauburgunder erreichte 97° Oechsle und lag somit im Idealbereich. Insgesamt werden in Graubünden auf 421 Hektaren Trauben angebaut (340 Hektaren rote Sorten, 81 Hektaren weisse Sorten). Die beiden Haupttraubensorten sind Burgunder (78 %) und Riesling x Silvaner (7 %).

# VERNEHMLASSUNGEN UND ABSTIMMUNGEN

Die folgenden Stellungnahmen der Handelskammer sind – in der Regel zusammen mit dem Bündner Gewerbeverband und hotelleresuisse Graubünden – entweder im Rahmen der offiziellen Vernehmlassungsverfahren der kantonalen und eidgenössischen Behörden oder später im laufenden Gesetzgebungsprozess abgegeben worden. Einzelne Vorlagen wurden auf dem Korrespondenzweg und in persönlichen Gesprächen behandelt. Sie finden die Vernehmlassungen im vollen Wortlaut auf unserer Homepage ([www.hkgr.ch/Mitteilungen/Vernehmlassungen](http://www.hkgr.ch/Mitteilungen/Vernehmlassungen)).

## VERNEHMLASSUNGEN BUND

### Bundesinventar der Landschaften und Naturdenkmäler (VBLN)

Einleitend wurde kritisiert, dass die Beschreibungen der Schutzobjekte einen erheblichen Interpretationsspielraum zulassen mit der Möglichkeit, nicht nur die Landschaften von nationaler Bedeutung zu schützen, sondern auch alles Weitere, was dort vorhanden ist, vollumfänglich zu konservieren. Deshalb wurden diese neuen Objektbeschreibungen inkl. der angepassten VBLN

abgelehnt, weil letztere einer wesentlichen Verschärfung der bisherigen Praxis oder einem faktischen zukünftigen Bauverbot gleichkomme. Damit werde eine weitere sektorielle Optik in die einseitige Betrachtungsweise eingebracht und die gesamtheitliche Interessenabwägung geschwächt. Dies insbesondere, wenn die Auswirkungen für Graubünden in Betracht gezogen würden, wo 18 % des Territoriums, ganze Ortschaften und strategisch wichtige Intensiverholungsgebiete innerhalb von BLN-Perimeter liegen. Es wurde angeregt, der Kanton Graubünden möge die Gelegenheit ergreifen und den Neubeschrieb der BLN-Objekte inkl. Perimeterabgrenzungen aus einem ganzheitlichen Blickwinkel herausarbeiten. Insbesondere sei der Grundsatzkonflikt zwischen BLN-Schutz und touristischen Intensiverholungsgebieten, Siedlungs- bzw. Baugebieten über die Abgrenzung der BLN-Perimeter zu lösen. Dabei soll der Perimeter so angepasst werden, dass Gebiete, welche die Schutzziele objektiv gesehen nicht (mehr) erfüllen, aus dem BLN entlassen werden, so z. B. Intensiverholungsgebiete, Gebiete für Abbau und Deponien, Siedlungen usw. Zudem seien die Perimeter der verschiedenen Schutzgebiete abzugleichen resp. zu harmonisieren.

### Änderung von Art. 25 der Verordnung 2 zum Arbeitsgesetz (ArGV 2)

In genereller Hinsicht wurde verlangt, die ArGV 2 resp. die Regelung betreffend Sonntagsarbeit sei nicht um einen Einkaufszentren-Artikel zu ergänzen, sondern sie sei den heutigen Gegebenheiten anzupassen, wie dies auch die Motion Abate verlange. Heute reise der Tourist auch, um zu shoppen, dies sei ein Erlebnis gleichwertig wie Sightseeing, Ausflüge, Wandern, Sport. Ein Tourist möchte in der relativ kurzen Urlaubszeit oft alles machen und somit auch entsprechende Angebote vorfinden. Ein gutes Shoppingangebot sei ein wichtiger Grund für die Evaluation des Reiseziels. Deswegen sollte ein vom Verbot der Sonntagsarbeit befreiter Laden nicht nur Artikel anbieten können, die zur Ausübung des Tourismus resp. des Urlaubs benötigt werden, sondern der Laden selbst soll als touristisches Angebot anerkannt werden, wie z. B. eine Bergbahn, ein Hallenbad, ein Erlebnispark. Auch ein solcher Laden erfülle ein spezifisches Touristenbedürfnis. Zur Abgrenzung könnten die «touristischen Umsätze» in Betracht gezogen werden. Dafür müsse aber die Verordnung explizit angepasst werden, ansonsten die Gerichte wie bisher auf den Wortlaut und

damit die antiquierte Umschreibung des Tourismusbedürfnisses abstellen könnten. Zur Definition des Fremdenverkehrsgebietes könnte neu auf die Beherbergungsgesetzgebung verwiesen werden, welche – obwohl vom Wortlaut sehr ähnlich wie die ArGV 2 – in concreto ausgelegt und eine klare Umschreibung der Fremdenverkehrsgebiete vorgenommen wurde. Damit würden keine Auslegungsschwierigkeiten mehr bestehen. Andernfalls müsste eine alternative Formulierung für die Überarbeitung der Definition von Art. 25 Abs. 2 ArGV 2 gefunden werden, zumal die heutige Formulierung «Kur-, Sport-, Ausflugs- und Erholungsorte» nicht den heutigen Gegebenheiten entspreche. Heute seien Tourismusgebiete funktionale Räume, in denen die politischen Gebietskörperschaften liegen und welche zunehmend für die gesellschaftliche, wirtschaftliche und touristische Entwicklung massgebend seien. Die Entwicklungen in der Tourismuswirtschaft nähmen keine Rücksicht auf gebietspolitische Gegebenheiten. Eine touristische Destination könne nur konkurrenz- und überlebensfähig bleiben, wenn sie durch ein breites, multioptionales Angebot eine starke Attraktivität für die verschiedensten individuellen Bedürfnisse der heutigen touristischen Zielgruppen auslöse. Bei mehreren Destinationen in einem grösseren Raum sei auch nicht auf die Destinationsgrenzen abzustellen, sondern auf die zusammenhängenden Gebiete und das Gebiet, in welchem sich die Destinationen bewegen, zumal sie ei-

ne Schicksalsgemeinschaft bildeten. Entsprechend müsste der ganze Kanton Graubünden als Tourismusgebiet gelten. Das Kriterium der wesentlichen Bedeutung des Fremdenverkehrs in einem Gebiet sei nicht hilfreich, zumal der touristische Wertschöpfungsanteil im Bündner Rheintal von CHF 500 Mio. resp. 10,7% immerhin der zweitgrössten Summe aller Regionen Graubündens entspreche. Ebenso ungeeignet sei das Kriterium der «erheblichen saisonalen Schwankungen», zumal es im Tourismus solche Schwankungen geradezu auszumergen oder zumindest abzuschwächen gelte.

#### **Bundesgesetz zur Optimierung der flankierenden Massnahmen zur Personenfreizügigkeit**

Während seinerzeit in den Abstimmungsunterlagen zu den bilateralen Abkommen mit der EU die flankierenden Massnahmen mit der Verhinderung der missbräuchlichen Unterschreitung des geltenden Lohn- und Sozialniveaus begründet wurden, war zur Vorlage zu beanstanden, dass es heute beim Vollzug der flankierenden Massnahmen nicht mehr in erster Linie um die Kontrolle von ausländischen Arbeitskräften und Unternehmen gehe, sondern sich die Arbeitsmarktkontrolle auf Schweizer Unternehmen und Arbeitsverhältnisse ohne jeden Bezug zur Personenfreizügigkeit fokussiere. Entgegen den Befürchtungen habe die Einführung der Personenfreizügigkeit in der Schweiz zu keinem generellen Lohndruck geführt, die Lohnentwicklung sei auch

auf mittleren und tiefen Qualifikationsstufen erstaunlich stabil geblieben und bei einfachen resp. repetitiven Tätigkeiten sogar geringfügig angestiegen. Bei den bisherigen und den geplanten Verschärfungen der flankierenden Massnahmen gehe es somit nicht um die Bekämpfung von Lohndumping, sondern um nicht akzeptable Abstimmungstaktik. Zudem bringe die unterbreitete Optimierung keine Verbesserung, sondern eine weitere Erhöhung der Komplexität einer missglückten Gesetzgebung und eine Erhöhung der Komplexität. Angesichts der durch die Annahme der Masseneinwanderungsinitiative geschaffenen Unsicherheit, wie diese umgesetzt werden solle, sei unverständlich, weshalb zum jetzigen Zeitpunkt weitere Anpassungen im Vollzug der flankierenden Massnahmen behandelt und allenfalls imple-



mentiert werden sollen. Die Absicht, befristete Normalarbeitsverträge auch dann verlängern zu können, wenn lediglich Hinweise auf Unterbietungen der orts-, berufs- oder branchenüblichen Löhne bestünden, wurde abgelehnt. Vielmehr müsse für die Fortführung des Normalarbeitsvertrages erneut der konkrete Beweis wiederholter und missbräuchlicher Lohnunterbietung erbracht werden. Ebenso wurde die Erweiterung der Bestimmungen, die der erleichterten Allgemeinverbindlicherklärung von Gesamtarbeitsverträgen zugänglich sind, abgelehnt. Die Ausweitung des Geltungsbereiches eines erleichtert allgemeinverbindlicherklärten Gesamtarbeitsvertrages näherte sich in ihren Wirkungen einer ordentlichen Allgemeinverbindlicherklärung. Hierfür bedürfte es jedoch qualifizierterer Voraussetzungen. Eine bloss von den Vertretern einer Mehrheit der Arbeitgeber und Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer der Branche ausgehandelte minimalen Arbeitsbedingungen dürfen nicht für die restliche Branche für anwendbar erklärt werden. Die Möglichkeit, die Allgemeinverbindlicherklärung zu verlängern, auch wenn das Arbeitgeberquorum nicht mehr erfüllt wäre, wurde strikte abgelehnt, dies würde zu einer Art Zwangsmitgliedschaft führen.

**Parlamentarische Initiative  
betreffend Aufhebung der zolltariflichen Begünstigung der  
Importe von gewürztem Fleisch**

Einleitend wurde klargestellt, dass

die im Kanton tätigen Trockenfleischproduzenten von einer allfälligen Erhöhung des Zollltarifs für die Importe von gewürztem Fleisch in besonderer Weise betroffen wären, falls sie diese Importware für die Herstellung von Rindstrockenfleisch verwendeten, da sie in direkter Konkurrenz zu ausländischem Trockenfleisch, wie beispielsweise Bresaola, stehe. Die Verteuerung der Importe führe zwangsläufig dazu, dass vermehrt Fertigprodukte in die Schweiz eingeführt würden mit der unerwünschten Nebenwirkung, dass die Wertschöpfung für deren Herstellung nicht mehr in der Schweiz, und zwar vornehmlich in wirtschaftlich schwachen Randregionen, sondern im Ausland erzielt würde. Es wurde darauf hingewiesen, dass die Würzfleischimporte von den hiesigen Trockenfleischproduzenten nicht zur Herstellung von Bündnerfleisch, sondern von preisgünstigem Rindstrockenfleisch verwendet würden, welches beispielsweise in den Billiglinien einiger Grossverteiler in der Schweiz vermarktet werde. Zur Begründung wurde ferner angeführt, die beabsichtigte Änderung des Zollltarifs sei völkerrechtswidrig. Des Weiteren wurde darauf hingewiesen, dass die mit den Importwaren hergestellten Produkte im Vergleich mit ausländischen Fertigprodukten nicht mehr konkurrenzfähig wären, währenddessen der inländische Schlachtviehmarkt durch derartige, für die Weiterverarbeitung bestimmte Importe nicht negativ beeinflusst wer-

de. Diese Gründe rechtfertigten die Statuierung einer Ausnahme im Zollltarif.

**Personenfreizügigkeit und  
Zuwanderung: Massnahmen zur  
Missbrauchsbekämpfung**

In grundsätzlicher Hinsicht wurde festgestellt, dass der Bund in letzter Zeit wiederholt Aktivitäten zur Missbrauchsbekämpfung entwickelt habe. Vermutlich solle damit der Weg für eine neuerliche Volksabstimmung zur Frage der bilateralen Verträge geebnet werden. Zur Vorlage selbst wurde unterstrichen, Graubünden sei wie wohl kein anderer Kanton darauf angewiesen, ausländische Arbeitskräfte, insbesondere Saisonarbeitskräfte, zu beschäftigen. Dies nicht nur in der Tourismusbranche, wo rund die Hälfte des Personals ausländische Mitarbeiter seien, sondern auch in der Baubranche und weiteren Betrieben mit saisonalen Schwankungen. In den anderen Branchen dürfte Graubünden hingegen nicht anders und auch nicht minder betroffen sein als andere Wirtschaftsräume. Gegen die Schaffung gesetzlicher Grundlagen, welche den zuständigen Vollzugsbehörden den Datenaustausch und die Missbrauchsbekämpfung beim Bezug von staatlichen Leistungen ermöglichen, wurde in grundsätzlicher Hinsicht nichts eingewendet. Gerade mit Blick auf die Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative sei es wichtig, dass entlassene Angestellte nicht sofort ausreisen müssten, sondern noch eine bestimmte Zeit in der Schweiz bleiben

können, um sich eine neue Stelle zu suchen. Dies ermöglichte den Arbeitgebern, Personal zu rekrutieren, das sich bereits in der Schweiz aufhalte und über eine Arbeitsbewilligung verfüge. In diesem Lichte wurde die Vorlage unterstützt.

### **Unternehmenssteuerreformgesetz III**

Basierend auf dem Vernehmlassungsentwurf von *economiesuisse*, welcher Unterstützung fand, wurden diverse ergänzende Anträge gestellt. Die von verschiedenen Staaten bekämpfte Gewinnverkürzung und Gewinnverlagerung ins Ausland wurde nicht grundsätzlich abgelehnt, aber darauf hingewiesen, dass sich gerade die Grossmächte selbst nicht immer an die Fairnessregeln hielten. Es bestehe daher die Gefahr, dass sich Kleinstaaten wie die Schweiz penetrant genau an die neuen Spielregeln hielten, während sich die Grossen darüber hinwegsetzten. Um gegenüber solchen Staaten nicht benachteiligt zu sein, würde ein «Gefäss» benötigt, welches eine höhere Besteuerung von sogenannten Passivenerträgen wie Zinsen, Lizenzerträgen etc. zulässt. Denkbar wäre eine analoge Lösung, wie sie Graubünden bereits in Art. 87 Abs. 3 StG kennt. Sodann wurde angeregt zu prüfen, ob Art. 28 StHG bezüglich privilegierter Besteuerung, z. B. ausländischer Erträge, nicht gänzlich gestrichen, sondern nur überarbeitet werden solle. Dabei wäre eine sehr vereinfachte Bestimmung vorzusehen, welche die privilegierte

Besteuerung von Auslandserträgen aus EU- und OECD-Staaten zwar explizit gänzlich verbietet, aber gleichzeitig eine privilegierte Besteuerung von Auslandserträgen aus nicht EU- und OECD-Staaten ermöglicht. Vor allem dürfe eine Streichung von Art. 28 StHG nicht dazu führen, dass neben der privilegierten Gewinnbesteuerung auch noch die privilegierte Kapitalbesteuerung aufgehoben würde, zumal zahlreiche ausländische Staaten gar keine Kapitalsteuer kennen. Die Einführung von sogenannten Patent- resp. Lizenzboxen wurde begrüsst und gefordert, die Schweizer Lizenzbox müsse zu jedem Zeitpunkt die international bestmögliche Lösung darstellen und auf Stufe StHG für die Kantone obligatorisch geregelt werden. Es seien auch steuerliche Massnahmen in Zusammenhang mit Forschungs- und Entwicklungsausgaben vorzusehen und dazu eine Definition des geistigen Eigentums zu wählen, die auch nicht patentierte Innovationen von KMU einschliesse. Strikte abgelehnt wurde die Wiedereinführung einer Kapitalgewinnsteuer. Bezüglich der Ausgleichsmassnahmen für die finanziellen Auswirkungen der Reform wurde es als unabdingbar erachtet, gewisse Massnahmen im Gesetz für den Finanz- und Lastenausgleich abschliessend festzulegen, ansonsten die Kantone jegliche Planungssicherheit verlören, so insbesondere das Volumen der vertikalen Ausgleichsmassnahmen des Bundes und die Mittelverteilung auf die Kantone, die Gewichtung der steuer-

baren Unternehmensgewinne bei der Bemessung des Ressourcenpotentials der Kantone sowie das Verfahren zur Anpassung desselben.

Der erhöhte Kantonsanteil an der direkten Bundessteuer sei auf Stufe Gesetz festzulegen, um eine allfällig nachträgliche Reduktion des Betrages auszuschliessen, dies unabhängig von der Realisierung der Massnahmen zur Gegenfinanzierung des Bundes und der effektiven Steuerausfälle der Kantone. Zur Verteilung der vertikalen Ausgleichsmassnahmen wurde beantragt, den Gesamtbetrag der Ausgleichsmassnahmen zur Hälfte nach dem Anteil der Kantone am Ertrag der direkten Bundessteuer und zur Hälfte nach der Wohnbevölkerung der Kantone pro Kopf aufzuteilen.

### **Verordnung über die Förderung der Beherbergungswirtschaft**

Zu dieser Vorlage wurde einleitend in Erinnerung gerufen, dass der Tourismus die wichtigste Einnahmequelle und Exportbranche des Kantons Graubünden ist. Rund 40 % des kantonalen BIP hängen direkt oder indirekt vom Tourismus ab, gesamtschweizerisch gehöre der Tourismus zudem zu den sechs wichtigsten Exportbranchen. Die Hotellerie als Rückgrat des Tourismus erwirtschaftete allein einen jährlichen Umsatz von über CHF 10 Mia. und beschäftige rund 63'000 Vollzeitangestellte. Auch gesamtschweizerisch sei der Tourismus somit ein bedeutsamer Wirtschaftszweig, dessen Erfolgs- und Wachstumschancen mit Nachdruck verbessert wer-

den müssten. Mit dem Bundesrat wurde der Aufbau einer Tourismusbank als zu komplex erachtet und stattdessen die Vergrößerung des Gestaltungsspielraumes der SGH begrüsst. Angesichts der vermehrt hybriden Beherbergungsformen an der Schnittstelle zwischen klassischer Hotellerie und Ferienwohnungen wurde auch der Abstimmung der Vorlage mit der Zweitwohnungsgesetzgebung zentrale Bedeutung beigemessen, damit auch Beherbergungsbetriebe mit hotelähnlichen Betriebskonzepten umfassend und flexibel unterstützt werden könnten. Da bei Investitionsprojekten in der Hotellerie durch private Finanzierungsinstitute meist nur bis zu 60 % des Ertragswertes abgedeckt werden, wurde die Erhöhung des maximalen relevanten Darlehensbetrages der SGH bis zu maximal CHF 6 Mio. als sinnvoll und notwendig erachtet, ebenso die vorgeschlagenen Ausnahmemöglichkeiten für die Erhöhung dieser Werte bei Kooperationsvorhaben mit höherem Finanzierungsbedarf.

**Revision des BG über die technischen Handelshemmnisse:  
«Lebensmittel vom Cassis-de-Dijon-Prinzip ausnehmen»**

Die Kosten der Schweizer Hotellerie für Lebensmittel liegen um CHF 1,3 Mia. pro Jahr höher als für die Konkurrenten in Österreich und im Südtirol. Während die Schweizer Einfuhrzölle ausserhalb der Landwirtschaft bei durchschnittlich 2,3 % liegen, bemessen sie sich im Agrarsektor um etwas über 30 %. Fleisch und

Milchprodukte werden im Durchschnitt sogar mit Zöllen von 100 % und in extremen Fällen mit bis zu 1'676 % vor Wettbewerb geschützt. Vor diesem Hintergrund unterstützten die Dachorganisationen den Auftrag Pult betreffend Einreichung einer Standesinitiative zur Wiederaufnahme der Verhandlungen über ein Agrarabkommen mit der EU, welcher vom Grossen Rat leider knapp abgelehnt wurde. Im gleichen Sinne begrüsst die Dachorganisationen auch die mit der Einführung des Cassis-de-Dijon-Prinzips vorgenommenen Liberalisierungsbemühungen. Eine Ausnahme der Lebensmittel von dieser Regelung wurde abgelehnt. Handelsschranken, wie sie heute teilweise existieren, sind wettbewerbshemmend und tragen unter anderem zu den hohen Preisen in der Schweiz bei. Der Tourismus als standortgebundene Exportindustrie sei besonders stark von der Hochpreis- resp. Hochkosteninsel Schweiz betroffen. Das aktuelle wirtschaftliche Umfeld erhöhe den Druck auf die Tourismus- und Hotelbranche, das Kostensenkungspotential optimal auszuschöpfen. Der Restaurationsumsatz liege in der Hotellerie bei durchschnittlich 40 bis 50 %. Günstigere Lebensmittelpreise hätten daher einen direkten Effekt auf die Beschaffungskosten eines Betriebes. Ebenfalls zu berücksichtigen sei der Effekt des Cassis-de-Dijon-Prinzips beim Abbau von Handelshemmnissen, nachdem die Schweiz wegen Wettbewerbsmangel verschiedentlich von der WTO getadelt worden sei.





## VERNEHMLASSUNGEN KANTON GRAUBÜNDEN

### Teilrevision des Gesetzes über die Mittelschulen im Kanton Graubünden

Bei dieser Vorlage war die Einführung von Informatikmittelschulen umstritten. Eine Mehrheit der vorberatenden Kommission wollte nicht, dass private Mittelschulen solche Informatikschulen führen können, wie dies auch der früheren Haltung der Regierung vor der Überweisung des Auftrages Cavegn entsprach. Dabei wurde nicht bestritten, dass in der Schweiz sowohl ein Informatik-Nachwuchsproblem besteht als auch die Nachfrage nach IT-Fachpersonal gross ist. Dieses Problem sei indessen mit einer schulischen Bildung nicht zu lösen. Vielmehr sei es Aufgabe einer betroffenen Branche, selbst für den eigenen Nachwuchs zu sorgen, und nicht Aufgabe des Staates. Die Aus-



bildung zum Informatiker könne in der beruflichen Grundbildung erfolgen. Mit einer Berufsmatura bestehe auch ein Zugang zur Fachhochschule. Mit einer Informatikmittelschule würde nichts anderes erreicht. Schulische und duale Ausbildungsgänge dürften nicht gegeneinander ausgespielt werden. Wo beide Ausbildungsgänge mit gleicher Abschlussqualität angeboten würden, sei der duale Berufsbildungsweg der rein schulischen Grundbildung mit Praktikum vorzuziehen. Fachmaturitäten seien grundsätzlich für junge Auszubildende nicht attraktiv, weil sie auf dem Arbeitsmarkt nicht nachgefragt seien. Tatsache sei zudem, dass in Graubünden mehr als 60 Betriebe verschiedener Grössenordnungen eine Ausbildungsbewilligung für Informatikerberufe besitzen, derzeit aber lediglich 117 Lernende ausbildeten. Frühere Ausbildungsangebote hätten bereits gezeigt, dass im Kanton zu wenig Interessenten für die Absolvierung einer Informatikmittelschule vorhanden seien. Ein solches Angebot würde sich demnach an ausserkantonale Schülerinnen und Schüler richten, welche die Internate füllen sollten. Eine solche Ausbildung sei indessen zu teuer. Wenn die übrigen Kantone nicht aufgrund eines Freizügigkeitsabkommens mitfinanzierten, sei die Ausbildung in der Regel für Absolventen nicht erschwinglich. Die Misere in den bestehenden Internaten – ausgenommen Lyceum Alpinum Zuoz – sei zur Hauptsache auf diesen Umstand zurückzuführen.

Zudem sei auch nicht bekannt, ob in den Regionen, in denen die Ausbildung angeboten werden solle, auch genügend Praktikumsplätze zur Verfügung ständen. Jedenfalls sei nicht zu erwarten, dass die Bündner Wirtschaft plötzlich eine derart grosse Anzahl zusätzlicher Praktikumsplätze bereitstellen könne. Zudem betrügen die Mehrkosten für die schulisch organisierte Ausbildung in der Informatikschule gegenüber der dualen Ausbildung mit EFZ/Berufsmatura für die gesamte Ausbildung pro Lernenden rund CHF 40'000.00. Angesichts der relativ bescheidenen Mittel für die berufliche Grundbildung seien diese Mehrausgaben ein Affront gegenüber den Lehrmeistern aller anderen Branchen.

### Teilrevision Gesetz über die öffentlichen Ruhetage (Ruhetagsgesetz)

Die Aufhebung der nicht mehr zeitgemässen Einschränkungen bzw. Verbote von Veranstaltungen in den Bereichen Unterhaltung, Sport und Kultur an hohen Feiertagen wurde begrüsst. Zwar sei die Bewilligungspraxis der Gemeinden heute nicht mehr so restriktiv, dennoch sei es aber begrüssenswert, den bestehenden Zustand zu legalisieren. Mit der vorgeschlagenen Lockerung seien positive Effekte für den Tourismusstandort Graubünden verbunden, z. B. für Kinoveranstaltungen, Konzerte, Tanzveranstaltungen, die bisher von Gesetzes wegen an Ostern und Pfingsten nicht möglich wa-



ren. Dass an hohen Feiertagen keine Bewilligung für Veranstaltungen erforderlich ist, sofern sie in geschlossenen Räumen stattfinden und aufgrund der Platzkapazität nicht mehr als 500 Personen daran teilnehmen, wurde ebenfalls als vernünftig erachtet.

### Raumkonzept Graubünden

Der unterbreitete Entwurf des Raumkonzepts Graubünden wurde als Grundlage für die räumliche Weiter-

entwicklung als zweckmässig erachtet. Da sich der Entwurf aber stark an das Raumkonzept Schweiz anlehne, sei eine deutliche Differenzierung zugunsten existenziell wichtiger Anliegen des Kantons Graubünden vorzunehmen. Das Raumkonzept Schweiz sehe eine zu rigide wirtschaftlich-räumliche Arbeits- und Funktionsteilung zwischen den Agglomerationen des Mittellandes und dem ländlichen Raum und dem Berggebiet vor. Der ländliche Raum und das Berggebiet

als Lebensraum für seine Bevölkerung könne zur Leistung von Beiträgen für den Wirtschaftsstandort Schweiz nur eine Chance haben, wenn auch diese Gebiete stark, stabil und differenziert seien und sich dynamisch weiterentwickeln könnten. Zu diesem Zweck müssten auch für den ländlichen Raum und das Berggebiet sämtliche «Optionen» offen gehalten werden. Beanstandet wurde das Fehlen einer ihrer grossen Bedeutung für den Kanton entsprechende explizite Darstellung des Bereichs «Wirtschaft». Wirtschaftswachstum stehe im Regierungsprogramm und in der Strategie des Kantons an vorderster Stelle. Diese langfristige, prioritäre Zielsetzung finde sich im Raumkonzept Graubünden zu wenig. Der Kanton brauche Entfaltungsmöglichkeiten, nicht Einschränkungen. Dies betreffe auch Siedlungsentwicklungen und Veränderungen bei den Raumnutzungen und bestehenden Siedlungen. Es dürfe nicht sein, dass die Wirtschaftsentwicklung durch die Raumentwicklung behindert werde, vielmehr müsse es so sein, dass sich die Raumentwicklung an den Bedürfnissen und Notwendigkeiten der Wirtschaftsentwicklung orientiere. Vor diesem Hintergrund wurde dann zu den diversen Themen des Raumkonzepts Graubünden aus der Sicht der Wirtschaft und im Hinblick auf ein nachhaltiges Wachstum Stellung bezogen.

## ABSTIMMUNGEN UND WAHLEN

Zu diversen eidgenössischen und kantonalen Vorlagen wurden folgende **Abstimmungsparolen** abgegeben:

Eidgenössische Abstimmungen	Parole	Resultat CH	Resultat GR
<b>9. Februar 2014</b>			
Bundesbeschluss vom 20.06.2013 über die Finanzierung und den Ausbau der Eisenbahninfrastruktur (FABI); direkter Gegenentwurf zur Volksinitiative «Für den öffentlichen Verkehr»	Ja	62,0 % Ja	64,57 % Ja
Volksinitiative «Gegen Masseneinwanderung»	Nein	50,30 % Ja	50,59 % Ja
<b>18. Mai 2014</b>			
Bundesbeschluss vom 19.09.2013 über die medizinische Grundversorgung (direkter Gegenentwurf zur Volksinitiative «Ja zur Hausarztmedizin»	Ja	88,10 % Ja	89,06 % Ja
Volksinitiative vom 23.01.2012 «Für den Schutz fairer Löhne» (Mindestlohninitiative)	Nein	76,30 % Nein	81,80 % Nein
Bundesgesetz vom 27.09.2013 über den Fonds zur Beschaffung des Kampfflugzeugs Gripen (Gripen-Fonds-Gesetz)	Ja	53,40 % Ja	50,72 % Ja
<b>28. September 2014</b>			
Volksinitiative vom 21.09.2011 «Schluss mit der MWST-Diskriminierung des Gastgewerbes»	Nein	71,50 % Nein	71,14 % Nein
Volksinitiative vom 23.05.2012 «Für eine öffentliche Krankenkasse»	Nein	61,80 % Nein	72,65 % Nein
<b>30. November 2014</b>			
Volksinitiative vom 19.10.2012 «Schluss mit den Steuerprivilegien für Millionäre» (Abschaffung der Pauschalbesteuerung)	Nein	59,20 % Nein	71,24 % Nein
Volksinitiative vom 02.11.2012 «Stopp der Überbevölkerung – zur Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen»	Nein	71,10 % Nein	78,01 % Nein
Volksinitiative vom 20.03.2013 «Rettet unser Schweizer Gold» (Gold-Initiative)	Nein	77,30 % Nein	79,65 % Nein

**Kantonale Abstimmungen****Parole****Resultat CH****Resultat GR****9. Februar 2014**

Volksinitiative «Weniger Steuern für das Gewerbe»

Nein

73,64 % Nein

**28. September 2014**Gesetz über die Reform des Finanzausgleichs im Kanton  
Graubünden (Mantelgesetz über die FA-Reform)

Ja

66,09 % Ja

**30. November 2014**Gesetz über die Gebietsreform im Kanton Graubünden  
(Mantelgesetz über die Gebietsreform)

Ja

62,61 % Ja

**Regierungsratswahlen 2014**

In die Regierung gewählt wurden die bisherigen Regierungsräte Barbara Janom Steiner, Dr. Mario Cavigelli, Dr. Christian Rathgeb und Martin Jäger sowie neu Regierungsrat Jon Domenic Parolini. Nicht gewählt wurde Nationalrat Heinz Brand, das absolute Mehr nicht erreicht hat Jürg Kappeler.



# ZUSAMMENARBEIT

## Dachorganisationen der Wirtschaft Graubünden

Seit Juli 2008 sind die Dachorganisationen der Wirtschaft Graubünden – Bündner Gewerbeverband, hotel-leriesuisse Graubünden sowie Handelskammer und Arbeitgeberverband Graubünden – mit ihren Geschäftsstellen in den gemeinsamen Räumlichkeiten Hinterm Bach in Chur domiziliert. Der regelmässige Gedankenaustausch ist damit institutionalisiert und die Zusammenarbeit zwischen den Geschäftsführern funktioniert ausgezeichnet. Die Bündner Regierung schätzt diese enge Zusammenarbeit. Sie hat die Dachorganisationen am 29. April 2014 zum 18. Mal in Folge zu einer gegenseitigen Aussprache eingeladen. Zu den Aktivitäten der Dachorganisationen gehört die Durchführung von gemeinsamen Anlässen, Abgabe von Vernehmlassungen oder Öffentlichkeitsauftritte, womit das Gewicht der Stimme der Wirtschaft verstärkt wird. So führten die Verbände am 9. Februar 2014 einen viel beachteten und gut besuchten Anlass zum Thema «Energiewende 2050 – Wasserkraft in Graubünden – Wie weiter?» durch. Die Referate mit Podiumsdiskussion mit Regierungspräsident Mario Cavigelli, Ständerat Martin Schmid,



Nationalrätin Silva Semadeni, Georg Anton Buchli, Interessengemeinschaft Bündner Konzessionsgemeinden (IBK) und Guido Conrad, Direktor Kraftwerke Hinterrhein AG, zeigte auf, dass die Energiewende zwar von allen erwünscht oder zumindest als unumgängliches Faktum anerkannt ist, die Erwartungen und die damit verbundenen Forderungen aber höchst kontrovers sind. Die Umsetzung der Energiewende scheint fast einer Quadratur des Kreises gleichzukommen. Aus der Sicht unseres Kantons kommt hinzu, dass die Wasserkraft von allen Seiten unter Druck gerät – einerseits durch die unsinnige, gigantische Subventionierung der sonst unrentablen Solar- und Windenergie, andererseits durch den Druck auf die Wasserzinsen und die Gewinnverlagerung in die Partnerkantone. Aus der Sicht von Graubünden wäre daher der Handlungsbedarf klar: Abschaffung marktverzerrender

Subventionen, Ausbau und Erhöhung der Wertschöpfung aus der Wasserkraft im Kanton. Doch diese Betrachtungsweise dürfte zu kurz greifen. Allerdings darf es auch aus nationaler Sicht nur ein übergeordnetes Ziel geben, wofür die Wirtschaft kämpfen muss: Die Versorgungssicherheit zu Marktpreisen, um gegenüber der ausländischen Konkurrenz keinen Wettbewerbsnachteil zu erleiden. Für ideologische Wunschkonzerte ist kein Raum. Wir bedanken uns bei Jürg Michel, Jürg Domenig, Urs Schädler und Ernst «Aschi» Wyrsch für die gute Zusammenarbeit.

**DACH**  
**ORGANISATIONEN**  
**Wirtschaft Graubünden**

## PULS

Die GKB, die Südostschweiz, das Amt für Wirtschaft und Tourismus, der Bündner Gewerbeverband, hotelleriesuisse Graubünden und die Handelskammer Graubünden sind seit 1997 gemeinsame Herausgeber der Wirtschaftspublikation «PULS». Daneben werden unter der Marke «PULS» auch Veranstaltungen organisiert, wie das alljährlich an der Gehla stattfindende Wirtschaftsforum Südostschweiz. Der traditionelle PULS-Anlass fand am 6. November 2014 anlässlich von FIUTSCHER im Rahmen der Generalversammlung der Handelskammer statt. Referent an diesem Anlass war Heinz Karrer, Präsident von economiesuisse. Er nahm Stellung zur wirtschaftlichen Entwicklung in der Schweiz und zur Frage, warum trotz Wohlstand das Misstrauen und die Verunsicherung in der Bergbevölkerung gestiegen sind. Andrea Masüger, CEO Somedia, ging im anschliessenden Gespräch mit Heinz Karrer der Frage nach, ob Politik und Gesellschaft die wirtschaftliche Entwicklung in der Schweiz bedrängen.

# PULS.



## Wirtschaftsgruppe des Grossen Rates

Mitglieder der Wirtschaftsgruppe des Grossen Rates sind 61 Grossrätinnen und Grossräte, die das 7-Punkte-Programm der Dachorganisationen unterzeichnet haben. An der ersten Aussprache mit der neu lancierten, aus der bisherigen Gewerbegruppe hervorgegangenen Wirtschaftsgruppe wurde die Zusammenarbeit zwischen Verbänden und Politik thematisiert. Beide Seiten stellten diesbezüglich deutliches Verbesserungspotential fest. Ein reger und funktionierender Austausch sowie eine gezielte Interessenvertretung setzen in der Vorbereitung einzelner Geschäfte strukturelle Anpassungen voraus. Von Seiten der Politik ist erwünscht, dass sich die Wirtschaftsverbände früh mit relevanten Wirtschaftsthemen auseinandersetzen und die Positionen der Wirtschaft dann über die Mitglieder der Wirtschaftsgruppe in die einzelnen Fraktionen eingebracht werden. Über den regelmässigen Kontakt mit den Vertretern der Wirtschaftsgruppe wollen die Wirtschaftsverbände frei von Ideologie und regionalpolitischen Abhängigkeiten eine Haltung aus gesamtwirtschaftlicher Sicht definieren. Ein erster Erfolg konnte dank dem Stichentscheid des Standespräsi-

denten mit der Abweisung der Informatikmittelschule im Mittelschulgesetz erzielt werden.

## Weitere Partner

Die Dachorganisationen der Wirtschaft Graubünden streben die regelmässige Zusammenarbeit und den Austausch mit vielen Partnern an. Dazu gehören die Interessengemeinschaft Tourismus (ITG), das Wirtschaftsforum Graubünden, das Amt für Wirtschaft und Tourismus, Graubünden Ferien und diverse Bildungsinstitutionen, vorab die HTW, die ibW Höhere Fachschule Südostschweiz und die gewerblichen und kaufmännischen Berufsschulen. In vielen Organisationen sind die Dachorganisationen der Wirtschaft mit ihren Mitgliedern in den Führungsgremien vertreten. Allen diesen Partnern danken wir für die gute Zusammenarbeit.



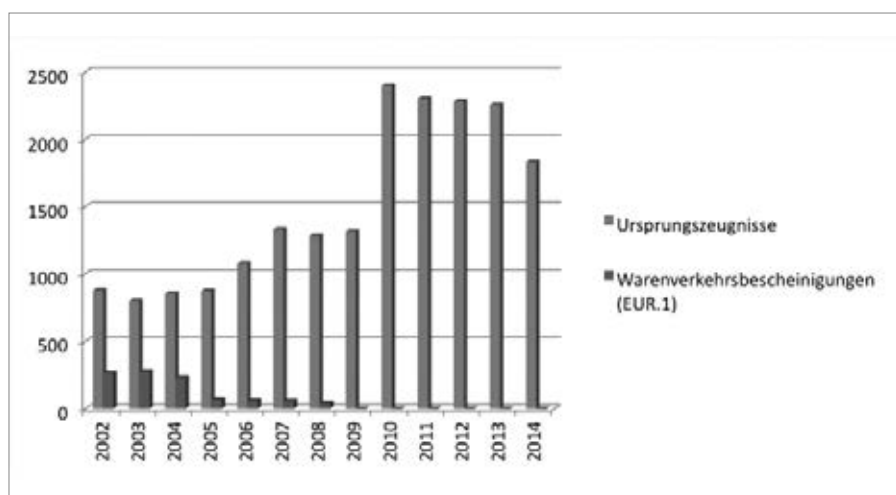
# VERBANDSAKTIVITÄTEN



Zu den wichtigen Tätigkeiten des Sekretariates gehörte auch im Berichtsjahr die Verfassung von **Vernehmlassungen** an den Kanton Graubünden, an *economiesuisse* sowie an den Schweizerischen Arbeitgeberverband. Ferner wirkte der Sekretär in **Abstimmungskomitees** mit, im Berichtsjahr unter anderem gegen die Masseneinwanderungsinitiative, die Mindestlohninitiative, die Abschaffung der Pauschalbesteuerung sowie für die Gebietsreform im Kanton Graubünden und für die Volksinitiative «Weniger Steuern für das Gewerbe» sowie für den Neuen Finanzausgleich im Kanton Graubünden. Zudem war der Sekretär diverser **Kommissionen**, welche wirtschaftspolitisch relevante Themen behandelten. Zum weiteren Aufgabenbereich des Sekretariates ge-

hörte die **Vertretung** des Verbandes bei verschiedenen Anlässen, in Arbeitsgruppen und Leitungsgremien anderer Organisationen. Ein weiterer Schwerpunkt der Tätigkeit des Sekretariates besteht jeweils in der Mitwirkung in Abstimmungskomitees.

Beim **Ursprungszeugnisdienst** wurden im Berichtsjahr 1'835 Ursprungszeugnisse, Rechnungen, Tatsachenbescheinigungen etc. (Vorjahr 2'256), hingegen keine Warenverkehrsbescheinigungen (Vorjahr 0) beglaubigt. Die Carnet-ATA, Zollbürgschaften für Warenmuster etc., wurden durch die Industrie- und Handelskammer St. Gallen-Appenzell, die Handelskammer Zürich sowie die Tessiner Handelskammer ausgestellt.



Der **Mitgliederbestand** betrug per Ende des Berichtsjahres **503** (506) Mitglieder, wovon über die Kollektivmitgliedschaft ihrer Branchenverbände 47 Bergbahnen, 82 Zahnärzte und 14 Raiffeisenbanken.

Im Berichtsjahr wurden 5 «**HK-News**» herausgegeben, in welchen die Mitglieder mit aktuellen Informationen bedient wurden.



Ferner wurden im Berichtsjahr diverse **Veranstaltungen** durchgeführt oder mit anderen Organisationen angeboten (zum Beispiel zur Energiewende 2050). Zudem haben wir diverse **Weiterbildungsveranstaltungen** befreundeter Organisationen angeboten, insbesondere im Bereich des Exports.

Bei der **Öffentlichkeitsarbeit** wurden die Medien zu diversen Fragen und Vorlagen, zu denen sich unser Verband alleine oder zusammen mit Partnern geäußert hat, mit Communiqués bedient. Ferner haben sich die Dachorganisationen der Wirtschaft Graubünden im Berichtsjahr auch drei Mal im «Klartext» des Bündner Tagblatts geäußert.

Das Sekretariat vermittelte auch im Berichtsjahr beinahe täglich **Auskünfte** aller Art an Mitglieder und auch an Nichtmitglieder, vorwiegend im Bereiche des Exportes, des Arbeitsrechtes sowie der Kontaktvermittlung.

Auch in diesem Berichtsjahr haben wir die an verschiedenen Mittelschulen unseres Kantons durchgeführten **Wirtschaftswochen** finanziell unterstützt.

Für den **Businessplan-Wettbewerb an der HTW Chur** haben wir den Preis für den 1. Rang gestiftet.

Als Mitglied von **economiesuisse** und des **Schweizerischen Arbeitgeberverbandes** stehen wir mit diesen Organisationen in regelmässigem Kontakt, vor allem im Rahmen der Vernehmlassungsverfahren. Dabei steht

für uns das Einbringen der spezifisch bündnerischen Interessenlage in die Meinungsbildung der beiden genannten Organisationen im Vordergrund.

Als Partner von **Switzerland Global Enterprise** (vormals OSEC) erbringt unser Verband diverse Dienstleistungen im Interesse der exportierenden Unternehmen.

Beim **Kanton Graubünden** sind es vor allem das Amt für Wirtschaft und Tourismus, das Amt für Industrie, Gewerbe und Arbeit, das Amt für Berufsbildung sowie die Steuerverwaltung, mit welchen wir in regelmässigem Kontakt stehen.

Im **Verein Schweizer Industrie- und Handelskammern (SIHK)** sind alle 18 Industrie- und Handelskammern der Schweiz sowie jene des Fürstentum Liechtenstein angeschlossen. Dieses Netzwerk dient der Steigerung von Effizienz und Effektivität der einzelnen Kammern sowie der Vertretung gemeinsamer wirtschaftspolitischer Anliegen auf eidgenössischer Ebene. Vereinzelt werden auch gemeinsame Vernehmlassungen und Positionsbezüge abgegeben, nämlich bei Vorlagen von gesamtschweizerischem Interesse, bei welchem sämtliche Wirtschaftsregionen in gleicher Weise betroffen sind.

Über die Datenbank **SWISSFIRMS** ist es möglich, unsere Mitglieder nach verschiedensten Kriterien zu selektieren und deren Adressen zu erwerben. Zudem bietet SWISSFIRMS di-

verse Dienstleistungen an, welche ausschliesslich Handelskammermitgliedern vorbehalten sind.

Auch dieses Jahr wurde der Verein **Marke «graubünden»** unterstützt. Mit dem geleisteten finanziellen Beitrag wird sämtlichen Mitgliedfirmen ermöglicht, die Marke «graubünden» im reglementarisch vorgesehenen Rahmen unentgeltlich zu benutzen.

Im Mittelpunkt der gut besuchten **Generalversammlung** vom 6. November 2014 stand ein Referat von Heinz Karrer, Präsident von economiesuisse.

Unter dem Vorsitz von Präsident Ludwig Locher ist der **Vorstand** zu vier Sitzungen zusammengetreten, ferner wurden Beschlüsse auf dem Zirkulationsweg gefasst. Zu verschiedenen Sachgeschäften wurden Kommissionssitzungen abgehalten oder Zirkulationsbeschlüsse gefasst. Zudem haben verschiedene Vorstandsmitglieder auch in ad hoc gebildeten Arbeitsgruppen mitgearbeitet und in den Gremien diverser Organisationen Einsitz genommen.

**Mutationen im Vorstand** ergaben sich durch das Ableben von Peter Strolz und die Demissionen von Edy Belloli, Hansjörg Ernst und Alfred Janka. Neu in den Vorstand wurden gewählt Christoph Bischof, Andrea Davaz und Guido Tognola sowie Hansruedi Benz. Meinrad Candinas und Urs Schmid wurden bereits im Vorjahr auf das Berichtsjahr hin zugewählt.

# BERICHT DER AHV-AUSGLEICHSKASSE FÜR GEWERBE, HANDEL UND INDUSTRIE IN GRAUBÜNDEN/GLARUS

## EINLEITUNG

Im Jahr 2014 hat der AHV-Ausgleichsfonds CHF 320 Millionen mehr Leistungen ausbezahlt als Beiträge eingenommen. Das gute Anlageergebnis und die vom Bund bezahlten Zinsen auf den Schulden der IV konnten einen Verlust in der Rechnung des Ausgleichsfonds gerade noch verhindern.

Drei Viertel der Einnahmen stammen aus Arbeitnehmer- und Arbeitgeberbeiträgen. Das Mehrwertsteuerprozent und die Spielbankenabgabe tragen den restlichen Viertel bei. Künftig dürfen die Anlagenerträge nicht als selbstverständlicher dritter Beitragszahler angenommen werden.

In Zukunft ist das Defizit der AHV durch die demografische Entwicklung so gut wie sicher. Auch die gegenwärtige Entwicklung der Wirtschaft in der Schweiz trägt zu einer Verminderung der Beitragseinnahmen bei.

Die Menschen werden immer älter und können ihre Altersvorsorge länger geniessen. Dies stellt die Altersvorsorge vor neue Probleme. Ihre Finanzierung muss langfristig gesichert werden und weitere Schritte sind zu prüfen, damit Ausgaben und Einnahmen auch in Zukunft im Lot sind und künftige Genera-

tionen auf gesicherte Sozialwerke zählen können.

Der Reformbedarf ist unbestritten. Wirtschaftskreise möchten das Rentenalter anheben mit der Begründung, die Bedürfnisse der Bevölkerung hätten sich verändert: Nur noch etwa ein Viertel der Menschen geht zum Zeitpunkt des ordentlichen AHV-Alters in Pension; die meisten wünschen oder benötigen flexiblere Lösungen für den Übergang in den Ruhestand. Die Gewerkschaften hingegen wehren sich gegen ein höheres Pensionsalter und möchten mit einer Initiative eine Rentenerhöhung durchsetzen.

Unsere Ausgleichskasse hat im 2014 trotz negativen wirtschaftlichen Prognosen rund 1 % mehr Beiträge als im Vorjahr verbucht. Dank neuen Mitgliedern und auch dem positiven Vermögensertrag können wir eine gute Rechnung vorstellen.

Wir halten an unserem Leitbild fest, wonach wir ein Kompetenzzentrum für die 1. Säule mit kostengünstigen Dienstleistungen, rationellen Verfahren und Kundennähe anbieten und unser kontinuierliches Wachstum anstreben.

Mit unserer positiven Einstellung sowie einem motivierten Team wird unsere Ausgleichskasse den zukünftigen Herausforderungen gewachsen sein.

## DIE JAHRESVERSAMMLUNG DES KASSEN-VORSTANDES

Die Jahresversammlung fand am 12. Mai 2014 unter dem Vorsitz von Präsident Ludwig Locher in Chur statt. An dieser Versammlung wurde die Jahresrechnung 2013, der Jahresbericht 2013 und das Budget für das Rechnungsjahr 2014 behandelt und genehmigt.

Während des Berichtsjahres fanden regelmässige Sitzungen zu den Themen Marketingkonzept, Portfolio, Scanning-Projekt, Personalmutationen und Budget 2015 statt.



## KENNZAHLEN 2014

	2014	2013	
<b>Mitglieder</b>			
Arbeitgeber und Selbständigerwerbende	1367	1339	
Nichterwerbstätige		149	127
<b>Beiträge</b>			
AHV-Beiträge		93 197 350	92 215 693
FAK-Beiträge		16 102 658	15 803 089
Familienzulagen		14 281 126	14 031 977
	<b>2014</b>	<b>2013</b>	<b>Differenz %</b>
<b>Beiträge</b>			
AHV/IV/EO	93 197 350	92 215 693	1,1
Arbeitslosenversicherung	18 220 788	17 773 838	2,5
<b>Total Beiträge</b>	<b>111 418 138</b>	<b>109 989 531</b>	<b>1,3</b>
<b>AHV-Leistungen</b>			
Ordentliche Renten	66 100 578	65 255 568	1,3
Hilflosenentschädigungen	667 817	625 715	6,7
<b>Total AHV-Leistungen</b>	<b>66 768 395</b>	<b>65 881 283</b>	<b>1,4</b>
<b>IV-Leistungen</b>			
Ordentliche Renten	5 733 605	5 638 774	1,7
Ausserordentliche Renten	62 320	18 720	233,0
Hilflosenentschädigungen	121 212	113 736	6,5
Taggelder	980 299	651 767	50,4
<b>Total IV-Leistungen</b>	<b>6 897 436</b>	<b>6 422 997</b>	<b>7,4</b>
<b>EO-Leistungen</b>			
Erwerbsausfallentschädigungen	3 427 464	3 386 807	1,2
Mutterschaftsentschädigungen	1 268 808	1 230 923	3,1
<b>Total EO-Leistungen</b>	<b>4 696 272</b>	<b>4 617 730</b>	<b>1,7</b>



# JAHRESRECHNUNG 2014

## Handelskammer und Arbeitgeberverband Graubünden

<b>Erfolgsrechnung</b>		<b>2014</b>		<b>2013</b>	
<b>ERTRAG</b>		<b>CHF</b>	<b>%</b>	<b>CHF</b>	<b>%</b>
Mitgliederbeiträge	3000	126'854.65		123'837.80	
Beglaubigungen	3010	156'430.03		149'891.44	
Sekretariatsentschädigungen	3050	20'000.00		20'000.00	
Diverse Einnahmen	3100	23.80		358.30	
<b>TOTAL BETRIEBSERTRAG</b>		<b>303'308.48</b>	<b>100.0</b>	<b>294'087.54</b>	<b>100.0</b>
 <b>A U F W A N D</b>					
<b>Verwaltungsaufwand</b>		<b>-144'249.65</b>	<b>-47.6</b>	<b>-167'306.80</b>	<b>-56.9</b>
Saläre	5000	-98'222.40		-113'363.60	
Sozialkosten	5070	-25'376.95		-32'290.30	
Büromiete	6000	-4'800.00		-4'800.00	
Büromaterial und Drucksachen	6500	-12'318.25		-11'528.65	
Porti und Telefon	6510	-2'089.35		-3'992.55	
Abonnemente	6520	-1'442.70		-1'331.70	
<b>Werbung und Repräsentation</b>		<b>-115'306.60</b>	<b>-38.0</b>	<b>-162'465.00</b>	<b>-55.2</b>
Inserate und Werbung allgemein	6600	-702.70		-5'157.30	
Beiträge	6620	-27'745.85		-26'630.00	
Projektbeiträge	6630	-61'857.00		-117'417.35	
Sitzungs- und Reisespesen	6660	-9'387.90		-7'898.10	
Veranstaltungen	6670	-7'635.45		0.00	
Diverse Ausgaben	6700	-7'977.70		-5'362.25	
<b>Betriebliches Ergebnis vor Steuern und Zinsen (EBIT)</b>		<b>43'752.23</b>	<b>14.4</b>	<b>-35'684.26</b>	<b>-12.1</b>
<b>Finanzerfolg</b>		<b>11'848.04</b>	<b>3.9</b>	<b>10'292.24</b>	<b>3.5</b>
Finanzaufwand	6800	-406.40		-324.70	
Finanzertrag	6850	12'254.44		10'616.94	
<b>Rückstellungen</b>		<b>0.00</b>	<b>0.0</b>	<b>60'000.00</b>	<b>20.4</b>
Veränderung Rückstellung Jubiläum	6900	0.00		60'000.00	
<b>Direkte Steuern</b>	6599	<b>-4'088.50</b>	<b>-1.3</b>	<b>-5'594.00</b>	<b>-1.9</b>
<b>JAHRESERFOLG</b>		<b>51'511.77</b>	<b>17.0</b>	<b>29'013.98</b>	<b>9.9</b>

## Handelskammer und Arbeitgeberverband Graubünden

Bilanz per		31.12.2014		31.12.2013	
<b>A K T I V E N</b>					
	Konto	CHF	%	CHF	%
Kassa	1000	138.30		204.60	
Postkonto Chur 70-467-6	1010	179'549.15		193'983.49	
GKB Chur CA 053.788.800	1020	11'386.66		78.36	
UBS Chur 208-Q0814960.0	1025	13'702.19		13'693.64	
GKB Chur CK 053.788.800	1040	6'344.80		6'371.80	
Credit Suisse Chur 160756-90	1045	1'058.98		1'058.19	
Coop Bank Chur 2564.4493.2001	1055	12'502.35		0.00	
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	1052	33'060.35		22'374.30	
Andere Forderungen	1060	4'256.90		3'659.60	
Aktive Rechnungsabgrenzungen	1300	0.00		952.80	
<b>Umlaufvermögen</b>		<b>261'999.68</b>	<b>40.5</b>	<b>242'376.78</b>	<b>40.5</b>
Wertschriften mit Kurswerten	1050	385'679.85		355'620.45	
Qualitätsschutzmarke	1080	0.00		0.00	
<b>Anlagevermögen</b>		<b>385'679.85</b>	<b>59.5</b>	<b>355'620.45</b>	<b>59.5</b>
<b>TOTAL A K T I V E N</b>		<b>647'679.53</b>	<b>100.0</b>	<b>597'997.23</b>	<b>100.0</b>
<b>P A S S I V E N</b>					
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	2000	20'494.85		25'324.32	
Passive Rechnungsabgrenzungen	2090	3'000.00		0.00	
<b>Fremdkapital</b>		<b>23'494.85</b>	<b>3.6</b>	<b>25'324.32</b>	<b>4.2</b>
Verbandskapital per 1.1.	2100	572'672.91	88.4	543'658.93	90.9
Jahreserfolg		51'511.77	8.0	29'013.98	4.9
<b>Eigenkapital</b>		<b>624'184.68</b>	<b>96.4</b>	<b>572'672.91</b>	<b>95.8</b>
<b>TOTAL P A S S I V E N</b>		<b>647'679.53</b>	<b>100.0</b>	<b>597'997.23</b>	<b>100.0</b>

# Revisorenbericht 2014

Bericht zur eingeschränkten Revision  
an die Mitgliederversammlung des Verbandes  
**Handelskammer und Arbeitgeberverband Graubünden, 7000 Chur**

---

Als vom Vorstand beauftragter Wirtschaftsprüfer haben wir die Jahresrechnung (Bilanz, Betriebsrechnung und Anhang) des Vereins Handelskammer und Arbeitgeberverband Graubünden für das am **31. Dezember 2014** abgeschlossene Geschäftsjahr geprüft.

Für die Jahresrechnung ist der Vorstand verantwortlich, während unsere Aufgabe darin besteht, die Jahresrechnung zu prüfen. Wir bestätigen, dass wir die gesetzlichen Anforderungen hinsichtlich Zulassung und Unabhängigkeit erfüllen.

Unsere Revision erfolgte nach dem Schweizer Standard zur Eingeschränkten Revision. Danach ist diese Revision so zu planen und durchzuführen, dass wesentliche Fehlaussagen in der Jahresrechnung erkannt werden. Eine eingeschränkte Revision umfasst hauptsächlich Befragungen und analytische Prüfungshandlungen sowie den Umständen angemessene Detailprüfungen der beim geprüften Unternehmen vorhandenen Unterlagen. Dagegen sind Prüfungen der betrieblichen Abläufe und des internen Kontrollsystems sowie Befragungen und weitere Prüfungshandlungen zur Aufdeckung deliktischer Handlungen oder anderer Gesetzesverstösse nicht Bestandteil dieser Revision.

Bei unserer Revision sind wir nicht auf Sachverhalte gestossen, aus denen wir schliessen müssten, dass die Jahresrechnung nicht Gesetz und Statuten entspricht.

Chur, 21. August 2015

**Capol & Partner AG**

  
**Beda Capol**  
Revisionsexperte


**Beilagen:**  
- Jahresrechnung 2014


**Bericht der Rechnungsrevisoren**

---

Gestützt auf den obigen Bericht des vom Vorstand beauftragten Wirtschaftsprüfers und unseren eigenen Prüfungen empfehlen wir, die vorliegende Jahresrechnung zu genehmigen und dem Vorstand Entlastung zu erteilen.

Chur, 21. August 2015

  
André Thomas

  
Michel Peder

# Verbandsorganisation 2014



## VORSTAND

### EHRENMITGLIEDER

von Sprecher Theophil, Dr. iur., Maienfeld († 16.07.15)	seit 1966
Campell Chasper, Dr. oec., Sils i. D.	seit 1987
Otto Beck, Chur	seit 1990

### VON DER GENERALVERSAMMLUNG GEWÄHLT

#### a) Präsidium

Locher Ludwig, Ems Chemie AG, Domat/Ems, Präsident	seit 1993
Dudli Heinz, Toscano AG, Chur, Vizepräsident	seit 2005
Hug Martin, Weisse Arena AG, Laax, Vizepräsident	seit 2012

#### b) Mitglieder von der Generalversammlung gewählt

Attinger Bruno, Dr. med. dent., Chur	seit 2000
Berger Stefan, J. Berger AG, Sägerei und Hobelwerk, Seewis-Pardisla	seit 2004
Caprez Christoph, Frostag Food-Centrum AG, Landquart	seit 2002
Frei Ivo, skipp communications AG, Chur	seit 2008
Giovanoli Claudio, Lazzarini AG, Chur	seit 2013
Jäggi Roland, Kuoni Transporte AG, Chur	seit 2008
Lebrument Susanne, Somedia AG, Chur	seit 2009
Müller Reto, Caviezel AG, Davos	seit 2006
Roth Thomas, Graubündner Kantonalbank, Chur	seit 2012
Schmid Urs, Allegra Passugger Mineralquellen AG, Passugg	seit 2013
Truffer Pius, Truffer AG, Vals	seit 2007
Züllig Andreas, Hotel Schweizerhof, Lenzerheide	seit 2000

#### c) Mitglieder von der Generalversammlung gewählt

Benz Hansruedi, Fleischrocknerei Churwalden AG, Landquart	seit 2014
Bischof Christoph, Ems-Chemie AG, Domat/Ems	seit 2014
Candinas Meinrad, Candinas SA, Rabiis	seit 2014
Davaz Andrea, von Salis AG, Landquart	seit 2014
Tognola Guido, SIP Industrial Promotion SA, San Vittore	seit 2014



## KOMMISSIONEN

### VEU Verkehr, Energie und Umwelt

Meinrad Candinas, Claudio Giovanoli, Martin Hug, Roland Jäggi,  
Giovanni Jochum, Ludwig Locher

### ASBIK Arbeit, Soziales, Bildung, Kommunikation

Dr. Bruno Attinger, Ivo Frei, Susanne Lebrument

### TOURBO Tourismus, Boden, Planung, Land- und Forstwirtschaft

Meinrad Candinas, Martin Hug, Reto Müller, Pius Truffer, Andreas Züllig

### FIWIS Finanzen, Wirtschaft, Steuern

Heinz Dudli, Claudio Giovanoli, Ludwig Locher



## RECHNUNGSREVISOREN

### Ordentliche Mitglieder

Beda Capol, Capol & Partner AG, Chur

seit 2002

André Thomas, Müntener & Thomas,

Personal- und Unternehmensberatung AG, Chur

seit 2002



### Stellvertreter

lic. iur. Michel Peder, Geschäftsführer PederConsulting

Versicherungs- & Vorsorgezentrum AG, Chur

seit 2011



## SEKRETARIAT

### Sekretär

Marco Ettisberger, Dr. iur., Rechtsanwalt und Notar, Chur

seit 1985

### Beglaubigungsdienst

Claudia Bulach, Chur

Sinaida Schlegel-Foresta, Chur

Brügger Gianina, Chur

## DELEGATIONEN



### **Ausgleichskasse Gewerbe, Handel und Industrie**

Ludwig Locher, Präsident; Dr. iur. Marco Ettisberger, Ausschuss; Stefan Berger, Christoph Caprez, Jürg Poppel, Mitglieder

### **Kreisprüfungskommission Graubünden**

Dr. iur. Marco Ettisberger, Präsident; Beatrice-Manuela Eberle (Manor)



### **Schulrat Wirtschaftsschule KV Chur**

Dr. iur. Marco Ettisberger, Irene Gujan (GKB), Dr. med. dent. Christoph Locher (Graubündner Zahnärztesgesellschaft)

### **Interessengemeinschaft kaufmännische Grundausbildung**

#### **Graubünden (IGKG)**

Dr. iur. Marco Ettisberger

### **Hochschule für Technik und Wirtschaft (HTW)**

Ludwig Locher, Präsident

### **Vorstand Förderverein Hochschule für Wirtschaft und Tourismus (HTW)**

Heinz Dudli, Präsident; Ludwig Locher

### **ibW Höhere Fachschule Südostschweiz**

Peter Scherrer (Büro für Informatik, Planung und Projektierung)

### **Tripartite Kommission für flankierende Massnahmen**

Daniel Waldvogel (Ems Chemie AG)

### **Koordinationsgremium für die KMU-Politik**

Christoph Caprez

### **Kantonales Einigungsamt**

Dr. iur. Marco Ettisberger, Obmann

### **Redaktion «PULS»**

Dr. iur. Marco Ettisberger

### **Marke «graubünden»**

Dr. iur. Marco Ettisberger

**Stiftungsrat Wirtschaftsforum Graubünden**

Ludwig Locher, Susanne Lebrument, Andreas Züllig

**Arbeitsgruppe «Raumplanung» von economiesuisse**

Dr. iur. Marco Ettisberger

**Infrastrukturkommission von economiesuisse**

Dr. iur. Marco Ettisberger

**Arbeitsgruppe «Agenda 2030 Graubünden»**

Dr. iur. Marco Ettisberger

**Kantonale Schlichtungsbehörde für Gleichstellungssachen**

Dr. iur. Marco Ettisberger

**Comitato di sorveglianza Interreg Italia-Svizzera**

Dr. iur. Marco Ettisberger

